

(KR/WL)

Heute unter anderem zu diesen Themen:

- Finanzgipfel in Washington – nur Lippenbekenntnisse
- Dito: Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne
- Das Blut der schwarzen Schafe fließt in Strömen
- Lohnplus geht an Metallern vorbei
- Fast jede zweite Neueinstellung ist befristet
- Peter Sodann: “Kann man doch mal sagen, oder?”
- CSU = Freistaat = Landesbank
- Von der “Heuschrecke” GM ausgesaugt
- Klaus Bölling zu Hessen: “Ypsilanti verdient Parteiordnungsverfahren”
- Bayern: Professorengehälter steigen, Studiengebühren bleiben
- BWL-Professoren starten Initiative gegen die Fair Value-Konzeption
- Tafeln: Es muss sowieso raus!
- Hessische Verhältnisse an der Elbe
- Freisprüche in Genua
- “SZ”-Redakteure bangen um ihren Job
- Zeitungskrise in den USA
- Aktuelles zur Bildungspolitik
- Die deutsche Wehrmacht im Osten: Im Sinne der NS-Führung

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Nur Lippenbekenntnisse**

Heiner Flassbeck hält den Finanzgipfel in Washington für gescheitert. Im Interview sagt der UN-Experte, dass die zentralen Probleme der Spekulation mit Wechselkursen und Rohstoffen gar nicht angesprochen wurden.

Quelle: [FR](#)

2. **Jedem Anfang wohnt ein Zauber inne**

Ein G-20-Wunschzettel. Dani Rodrik, Wirtschaftswissenschaftler an der US-Universität Harvard, hat aufgeschrieben, was er sich von dem Treffen Staats- und Regierungschefs an diesem Wochenende erhofft.

Quelle: [FR](#)

3. **Das Blut der schwarzen Schafe fließt in Strömen**

Der Kapitalismus tritt zur großen Selbstreinigung an, um zu bleiben, was er ist. Den Größen der Finanzwelt hingegen, die keine Jobsorgen kennen, hat es teilweise die Sprache verschlagen. Alan Greenspan bekundet vor dem US-Kongress "Schock und Unglauben" über das Ausmaß des Desasters, das er und seinesgleichen (mit) angerichtet haben. Kleinlaut tönt es aus den inneren Zirkeln renommierter Think Tanks, sie hätten leider auch keine Ahnung, was noch kommt, und wie es weiter gehen soll. Selbst der Riesenstaatsmann Joschka Fischer, eine Galionsfigur der Ex-Linken, die vor der vermeintlichen Allmacht der Finanzmärkte auf dem Bauch gegangen sind, hat eine Schwafelpause eingelegt. "Was Karl Marx right?", fragt die Times ihre Leser. Aber ja doch, meinten gut 48 Prozent.

Alle Welt schreit nun nach Regulierung und dem Staat als Retter aus großer Not. In Windeseile werden Hunderte von Milliarden Dollar mobilisiert, um die krachende Wall Street und das europäische Bankensystem vor dem Untergang zu retten. Aber wir haben nicht eine, sondern mehrere Krisen zugleich am Hals: Eine Weltfinanzkrise, eine Krise der Realwirtschaft, das heißt, eine klassische Überproduktions- und Überakkumulationskrise, eine Welthandelskrise, eine Weltagrar- und Hungerkrise und eine ökologische Krise, die Spielräume für jede mögliche Krisenpolitik entscheidend verengt. Eine Systemkrise des Kapitalismus, wie wir ihn kannten, und eine Legitimationskrise der besten aller Welten zugleich. Unter diesen Umständen klingen

die zentralen Heilsbotschaften der neoliberalen Alltagsreligion nicht mehr so schmissig wie gewohnt. Neoliberalismus, das war´s – meint Joseph Stiglitz, enfant terrible des Establishments.

Also laufen die Propagandaapparate auf Hochtouren, als stünde die sozialistische Weltrevolution vor der Tür. Die Lobbyverbände der Finanzwirtschaft trommeln für den Erhalt “freier” Finanzmärkte, preisen Spekulation und Derivate, predigen die organisierte, aber freiwillige “Selbstregulierung”, orakeln das Schwarze vom Himmel herunter über die drohende Gefahr einer “Überregulierung” – genau dieselben Vereine, die noch vor wenigen Jahren mit Milliarden Dollar schweren PR-Kampagnen dafür gesorgt haben, dass der Handel mit Kreditderivaten in den USA von jeder Kontrolle und Regulierung befreit wurde. Zu glauben, die neoliberale Hegemonie sei vorbei, sang- und klanglos werde der Kapitalismus für besonders dumme Kerls von der Bühne verschwinden, ist zumindest voreilig.

Das alles Entscheidende aber wird sein, ob es gelingt, das vorläufige Ende des Neoliberalismus politisch zu nutzen. Da Millionen Menschen das ganz alltägliche Überleben im Kapitalismus noch schwerer gemacht wird als bisher, könnte der Sektor der alternativen, solidarischen, selbstverwalteten Ökonomie wachsen.

Quelle: [Freitag](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: Einerseits warnt Michael Krätke davor vorschnell zu glauben, dass die neoliberale Hegemonie vorbei sei, andererseits hofft er, dass sich mit dem “vorläufige Ende des Neoliberalismus” der öffentliche Sektor ausweite und damit über den “Kapitalismus hinaus” weise. Die Redimensionalisierung des Kapitalismus auf ein soziales Maß ist auf das Innigste zu wünschen, nur unterschätzt Krätke die Kräfte, die die heutige Situation herbeigeführt oder billigend in Kauf genommen haben. Wenn es in der Abschlusserklärung der G 20 zu den Ursachen der Finanzkrise heißt, «Politiker und Überwachungsinstanzen in einigen entwickelten Ländern» hätten die Risiken der Finanzmärkte falsch eingeschätzt, so wird nicht nur bewusst die Verantwortung der Akteure an den Finanzmärkten ausgeblendet, sondern Politik und Finanzaufsicht werden dümmer dargestellt, als sie sind.

Im Februar 2003 hatte der Direktor des Bundesaufsichtsamts für Wohnungsunternehmen (OFHEO), Armando Falcon, einen Bericht mit dem Titel [“Systemrisiken: Fannie Mae, Freddie Mac und die Rolle des OFHEO” \[PDF – 3 MB\]](#) veröffentlicht, in dem er ein Szenario für den “schlimmsten Fall” darstellte, in dem diese beiden US-Hypothekengesellschaften gezwungen wären, ihre Schuldendienste einzustellen, was eine Kettenreaktion von Schocks auslösen und zu einer Systemkrise führen würde. Gleich nach Veröffentlichung des Berichts forderte die Regierung Bush den Rücktritt des Präsidenten des OFHEO und kündigte dessen Ablösung durch Mark

Brickell an, der 15 Jahre lang die Derivatabteilung von JP Morgan leitete. JP Morgan Chase ist eine der größten Banken in den USA und im Derivatgeschäft weltweit führend. JP Morgan Chase wurde 2004 zu den „Bank-Räubern des Jahres“ erklärt. Wenn heute viele Spitzenleute in Politik, Business und Wissenschaft auf ahnungslos machen und die Finanzkrise als eine Art Naturkatastrophe beschreiben, so ist es dennoch falsch, ja gefährlich, diese Leute einfach für dumm zu halten. Kurt W. Rothschild, der Doyen der Österreichischen Wirtschaftswissenschaften, hat einmal gesagt: „Dumme kann man gescheit machen. Aber wenn einer ein Interesse hat, da können Sie sich tot reden, der ist gescheit genug zu wissen, was sein Interesse ist und was nicht“. Die Hypothekenbanken haben gewusst, wem sie ihre Kredite gaben, Lehman Brothers wussten, welches Gift in ihren „strukturierten Produkten“ steckte, und die Politik wusste, was da ablief.

Warten wir einmal ab, bis sich die Rauchschwaden dieses Feuerwerks an internationalen Gipfeltreffen verzogen haben. Es ist bereits heute wenig glaubhaft, dass gestandene Neoliberale sich über Nacht von einem Saulus in einen Paulus verwandelt haben, sondern eher wahrscheinlich, dass sie dem verängstigten Wahlvolk nach dem Munde reden. Oder bekommt es jemand auf die Reihe, wenn im Schlussdokument der G 20 steht, dass die Reformen nur im Rahmen freier Märkte erfolgreich sein könnten, und gleichzeitig uns Angela flötet: „Alle Marktteilnehmer, alle Produkte und alle Märkte werden künftig wirklich überwacht und reguliert werden“. – Wie sagte Josef Ackermann am Sonntag in einem Interview mit der NZZ: „Dass man unter Einbezug der Schwellenländer zusammengekommen ist, um über Lehren aus der Krise zu diskutieren, ist schon außerordentlich wertvoll. Aber die Probleme sind komplex.“ So spricht einer, der weiß, wie man auf Zeit spielt.

Der Neoliberalismus hat längst gesiegt. Die Verteilung an Einkommen und Vermögen in Deutschland wie auch weltweit war noch nie so ungerecht wie heute, und eine Umverteilung liegt in weiter, utopischer, sozusagen revolutionärer Ferne. Der eigentliche Triumph des Neoliberalismus ist, dass diese Ungleichverteilung von vielen als systemerhaltend für unserer Gesellschaft geglaubt wird, aber Glaube ist unhinterfragbar. Das Grundproblem ist nicht mehr fassbar, nachdem es zur Glaubensgrundlage transzendiert ist. Mit der Folge: Die Gewinne werden weiterhin auf Kosten der Arbeitnehmer in den Händen weniger angehäuft. Diese Gelder überschreiten weiterhin systematisch den Investitionsbedarf der Privatwirtschaft und werden das System „Wall Street“ immer wieder von neuem hervorbringen – vielleicht nicht in dieser Form oder an diesem Ort. Verluste werden weiterhin sozialisiert, staatliche Geldspritzen an Banken und Unternehmen zur Systemstabilisierung eingesetzt – genauso wie Konjunkturprogramme, um Arbeitnehmer gerade noch von der Revolte abzuhalten.

4. **Lohnplus geht an Metallern vorbei**

4,2 Prozent mehr Gehalt: Bei Zehntausenden Angestellten der Metall- und Elektroindustrie könnte der Lohnzuwachs nur mit Verspätung oder gar nicht ankommen. Viele Konzerne basteln an Verzögerungstaktiken – und der Chiphersteller Infineon umging den Abschluss komplett.

Bei den Autoherstellern Opel und Ford werden die Tarifierhöhungen nach eigenen Angaben bereits seit 2006 aufgrund so genannter Standortsicherungsverträge mit übertariflichen Zahlungen verrechnet. Einem "Bild"-Bericht zufolge prüfen viele Betriebe zudem, die für Mai vorgesehene zweite Lohnerhöhung später zu zahlen. Neben der Heidelberger Druckmaschinen AG wollen mindestens fünf große Autolieferer, darunter Continental, mit ihren Betriebsräten laut "Bild" entsprechende Gespräche führen.

Klarer ist die Situation beim Münchener Chiphersteller Infineon: Als Reaktion auf die Einigung hatte er bereits am Mittwochabend seinen Austritt aus dem bayerischen Arbeitgeberverband erklärt, um die Lohnerhöhung nicht bezahlen zu müssen.

Quelle: [FTD](#)

Anmerkung WL: *Mal sehen, ob sich das die Arbeitnehmer und die IG-Metall bieten lassen.*

5. **Fast jede zweite Neueinstellung ist befristet**

43 Prozent der im Jahr 2006 abgeschlossenen Arbeitsverträge waren befristet. Im Jahr 2001 lag der Anteil der Befristungen dagegen erst bei 32 Prozent, berichtet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in der soeben erschienenen Ausgabe 1/2008 der Zeitschrift IAB-FORUM.

Quelle: [Informationsdienst Wissenschaft e.V.](#)

6. **"Kann man doch mal sagen, oder?"**

Er fordert eine "Wiederholung des sozialistischen Experiments" in Deutschland unter "veränderten Bedingungen". Im Tagesspiegel-Interview spricht Ex-"Tatort"-Kommissar Peter Sodann über Demokratie, Sozialismus und seine Präsidentschaftskandidatur für die Linke.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

Anmerkung KR: *Hier kollidieren zwei vollkommen konträre Geisteshaltungen. Die Krise hat es offenbar nicht vermocht, bei den Interviewern des Tagesspiegels, Cordula Eubel und Stephan Haselberger, auch nur die leisesten Zweifel an der Richtigkeit der Agendapolitik zu wecken. Hartz IV-Empfänger führen ihrer Meinung nach nur darum ein würdeloses Leben, „weil diese Menschen keine Arbeit finden“. Und sie schrecken*

nicht vor der rhetorisch gemeinten Frage zurück, ob es denn wohl besser wäre, „Sozialhilfeempfänger zu alimentieren“.

Peter Sodann zeigt sich solchen Zumutungen auf souveräne Art gewachsen.

7. **CSU = Freistaat = Landesbank**

Offenbar hat die CSU die Staatsbank mit einer Parteibank verwechselt. Das zeugt von mangelnder politischer Hygiene.

Quelle: [SZ](#)

8. **Von der „Heuschrecke“ GM ausgesaugt**

Seit Jahren hat Opel mit dem Missmanagement der Konzernmutter General Motors zu kämpfen. Wegen der Krise in den USA bekommt man in Rüsselsheim nun Muffensausen – und ruft nach dem Staat.

Die Opelaner fühlen sich schlecht behandelt: Im dritten Quartal hatte GM einen Teil seiner Verluste zu Opel verschoben, so dass das Europageschäft ein Minus von 780 Millionen Euro ausweisen musste. Kosten für die Opel-Schwester Saab und die gut laufende Marke Chevrolet wurden überproportional in Europa verbucht. Dabei war Opel zuletzt der Hoffnungsträger für GM: Nach der Sanierung mit dem Abbau von 9000 Stellen war GM Europa seit 2006 wieder profitabel.

Wenn sich der Mutterkonzern in den USA nun unter Gläubigerschutz nach Kapitel elf des Insolvenzrechts flüchtet, muss er sich für einige Zeit nicht mehr um seine Schulden kümmern. Darunter würde auch Opel leiden, denn GM schuldet seiner Tochter mehrere Milliarden Euro – vor allem für Entwicklungsleistungen, die in Deutschland erbracht werden. Dieses Geld wäre verloren.

Quelle: [Tagesspiegel](#)

Anmerkung KR: Opel hat noch ein weiteres Problem. Es buhlt auf einem schrumpfenden Markt um exakt dieselben Kunden wie Citroen, Dacia, Daewoo (Chevrolet), Daihatsu, Fiat, Ford, Hyundai, Kia, Mazda, Nissan, Peugeot, Renault, Seat, Skoda, Suzuki, Toyota und Volkswagen.

Einige dieser Unternehmen sind erst vor wenigen Jahren in den Wettbewerb eingetreten. Ergo tobt ein gnadenloser Verdrängungskampf.

9. **Bilanzpolitik und Unternehmensanalyse: BWL-Professoren starten Initiative gegen die Fair Value-Konzeption**

Um eine (kritische) Diskussion über die Fair Value-Bewertung in Gang zu bringen, laden die Initiatoren der Saar-Uni alle große Unternehmen sowie die Steuerberater und Wirtschaftsprüfer des Saarlandes zu einer Vortrags- und Diskussionsveranstaltung

am 18. November auf den Uni-Campus ein. Mit ihrer Diskussion wollen die Betriebswirtschaftler deutlich machen, dass die Auseinandersetzung mit dem deutschen und angloamerikanischen Bilanzrecht nicht eine rein akademische Fragestellung ist. Vielmehr wollen sie aufzeigen, welche Rolle die Fair Value-Bewertung in der gegenwärtigen Finanzmarktkrise spielt und welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind. An der Veranstaltung wird unter anderem Prof. Dr. Peter Bofinger, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, teilnehmen.

Quelle: [Informationsdienst Wissenschaft e.V.](#)

10. **Es muss sowieso raus!**

Eine Gesellschaft des "Iss-oder-ich-muss-es-wegschmeißen" braucht keine Suppeküchen, damit die Notleidenden das aufbrauchen, was die Bessergestellten von ihren Tellern fallen lassen – eine solche Gesellschaft braucht staatliche Garantien, muss den Bedürftigen Gewissheit geben, dass sie an Qualität nicht zurückzustecken haben, nicht zweifelhaft gewordene Produkte verdrücken müssen, um nicht Hunger zu leiden. Die Tafeln können ein Umdenken der Teilhabe nicht bewirken, sie mehren nur den Irrglauben einer falschen, weil vollkommen durchrationalisierten Form des Teilens; eine Form, die besagt: Du kommst noch kurz vor dem Mülleimer.

Quelle: [ad sinistram](#)

Siehe dazu auch:

Es ist angerichtet - Tafeln in Deutschland

Quelle: [Tafelforum](#)

11. **Klaus Bölling zu Hessen: "Ypsilanti verdient Parteiordnungsverfahren"**

Hessens SPD hat die Tuchfühlung zum Bürger verloren. Ypsilanti hätte wegen Parteidemontage ein Ordnungsverfahren verdient. Eine Außenansicht von K. Bölling.

Quelle: [SZ](#)

Anmerkung KR: Dieses Pamphlet trägt nichts zum Verständnis der Verhältnisse innerhalb der hessischen SPD bei. Doch es blamiert den Autor: „Die Ypsilanti-SPD hat ... den demagogischen Wahlkämpfer Roland Koch zum Gottseibeius befördert, ein Rang, den sich der, wie man immer schon wissen konnte, höchst fähige und zugleich sehr biegsame Neoliberale dann doch nicht verdient hat. Es kann nur eine ganz persönliche Aversion der Ypsilanti-Truppe gewesen sein, auch ein gewisses Unterlegenheitsgefühl. Das kulminierte dann in der Losung "Koch muss weg" – koste es, was es wolle.“

Wer oder was mag Klaus Bölling dazu bewogen haben, sich so aus dem Kreis der ernstzunehmenden Kommentatoren des politischen Tagesgeschehens zu verabschieden?

Ergänzende Anmerkung WL: *Da soll also jemand ein Parteiordnungsverfahren verdienen, der für seine Politik weit mehr als 90 Prozent Zustimmung erfahren hat, und die Abweichler sollen sozialdemokratische Helden sein.*

12. Hessische Verhältnisse an der Elbe

Der profilierte Hamburger SPD-Linke Niels Annen verliert sein Bundestagsmandat, denn die Jusos setzen gegen den Widerstand der SPD-Parteispitze ihren rechtsorientierten Landeschef Danial Ilkhanipour als Direktkandidaten durch.

Quelle: [TAZ](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: *Die Bezeichnung Danial Ilkhanipours als Intimus des "begnadeten Strippenziehers" Johannes Kahrs ist gewiss kein Ritterschlag, steht doch Kahrs für gerichtskundige Schmuddelstrategien im Kampf um Posten und Pfründe, [siehe etwa hier](#).*

13. Freibrief für die Zukunft

Seit Donnerstag ist es amtlich. Polizeichefs, unter deren Ägide schuldlose Demonstranten halbtot geschlagen und dann dank gefälschter Beweise verhaftet werden, haben in Italien nichts zu befürchten. "Unschuldig", verkündete das Gericht in Genua – und rechtfertigte so mit einem Federstrich die schweren staatlichen Übergriffe, die den G-8-Gipfel im Jahr 2001 begleiteten.

Quelle: [taz](#)

14. SZ empfiehlt Redakteuren "neue Lebensplanung"

Eine Mail in ziemlich rüdem Ton, verfasst von leitenden Redakteuren der "Süddeutschen Zeitung": Das Anzeigengeschäft des Blattes habe so dramatische Einbrüche erlebt, dass massiv Personal eingespart werden müsse. Vor der unvermeidlichen Kündigungswelle versuchen Ressortleiter eilfertig, die Redaktion auszudünnen.

Quelle: [Die Welt](#)

Anmerkung WL: *Schon beim Einstieg der Südwestdeutschen Medienholding in die Stuttgarter und später auch in die Süddeutsche Zeitung prognostizierten wir: Der Konzentrationsprozess bei den Medien beschleunigt sich rapide, und die journalistische Qualität wird zunehmend kaputt gespart.*

15. Zeitungskrise in den USA

Amerikas Zeitungsbranche steckt tief in der Krise. Redaktionen werden radikal gekürzt – und manche Blätter erscheinen bald nur noch im Internet.

Im US-Verlagswesen hat der große Kahlschlag begonnen. Millionenverluste, Entlassungen, Notverkäufe, Auflagen- und Anzeigenschwund, sogar komplette Einstellungen von Blättern: Fast täglich gibt es neue Hiobsbotschaften.

Allein die Tageszeitungen haben dieses Jahr schon mehr als 24.000 Stellen gekürzt.

Der Branchendienst “Mediabistro” protokolliert das Massaker mehrmals die Woche in einem “Drehtür-Newsletter” – im Internet natürlich.

Die Anzeigenumsätze der Printbranche schrumpfen, die Auflagen stürzen immer rasanter ab. Die aktuellen Zahlen des Audit Bureau of Circulations für das im September endende Halbjahr sind verheerend: Die Auflagen für die 506 größten US-Zeitungen sanken im Schnitt um 4,6 Prozent – fast doppelt so viel wie 2007.

Fast alle namhaften Titel büßten ein:

- “New York Times” – minus 3,5 Prozent
- “Washington Post” – minus 1,9 Prozent
- “Los Angeles Times” – minus 5 Prozent
- “Chicago Tribune” – minus 7,7 Prozent
- “San Francisco Chronicle” – minus 7 Prozent
- “Boston Globe” – minus 10,1 Prozent
- “Philadelphia Inquirer” – minus 11 Prozent
- “Miami Herald” – minus 11,8 Prozent
- “Atlanta Journal-Constitution” – minus 13,6 Prozent

Lediglich “USA Today” und das “Wall Street Journal” legten zu – allerdings um weniger als ein Prozent (das “Journal” um exakt 117 Ausgaben).

Quelle: [Spiegel Online](#)

16. Lenzen ist Hochschulmanager des Jahres

Das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) und die Financial Times Deutschland haben Dieter Lenzen, Präsident der FU Berlin, zum Hochschulmanager des Jahres gekürt. Ziel des in diesem Jahr erstmals vergebenen Preises ist es, Leiter deutscher Hochschulen auszuzeichnen, die besonders weitreichende Reformen vorangetrieben und sich durch ein professionelles Management auszeichnen.

Lenzen hatte sich im Finale zum Hochschulmanager des Jahres gegen fünf weitere Hochschulleiter durchgesetzt. Ebenfalls nominiert waren Tilmann Fischer (Hochschule Ostwestfalen), Wolfgang Herrmann (TU München), Bernd Huber (LMU München), Hermann Kokenge (TU Dresden) und Gunter Schweiger (FH Ingolstadt).

Quelle: [FTD](#)

Anmerkung WL: „Im Vorfeld der Nominierung wurden zunächst die Hochschulen identifiziert, die in den Bereichen Internationalisierung, Exzellenzinitiative, Umstellung auf das Bachelor-Master-System sowie im Hochschulranking des CHE seit 2004 deutliche Verbesserungen erzielt haben“, heißt es in dem Artikel. Das CHE zeichnet also solche „Hochschulmanager“ aus, die die von ihm selbst aufgestellten Kriterien der „unternehmerischen Hochschule“ am besten erfüllen – man könnte auch sagen, die am schönsten nach der Pfeife der Bertelsmänner tanzen. Der Titel Hochschulmanager des Jahres hieße besser „Lenzen, der Tanzbär des CHE“.

17. **Bayern: Professorengehälter steigen, Studiengebühren bleiben**

Nach der Veröffentlichung der ersten PISA-Studie sonnte sich die bayerische Bildungspolitik im guten Gefühl, vieles richtig gemacht zu haben. Doch die Detailanalysen der Folgezeit zeigten, dass auch das vermeintliche Vorzeigeland falsche Weichenstellungen vorgenommen hatte. In Bayern gestaltet sich das Betreuungsverhältnis zwischen Studierenden und Lehrkräften mit 1:50 nur geringfügig günstiger als in anderen Teilen der Republik. Es fehlt Geld für die Sanierung von Universitätsgebäuden und Forschungseinrichtungen, die medienwirksame Unterstützung vermeintlicher Spitzen-Universitäten geht zu Lasten der kleineren Bildungsinstitute, und wenn man den jüngsten Studien glaubt, werden auch im Freistaat potenzielle Akademiker durch Gebühren von der Aufnahme eines Studiums abgehalten, weil ein effizientes Stipendiensystem immer noch fehlt.

Quelle: [Telepolis](#)

18. **Bundsgelder für die „neue“ ZVS werden gesperrt**

Der Haushaltsausschuss im Deutschen Bundestag hat beschlossen, die Mittel für die Servicestelle ZVS nach dem Jahr 2009 zu sperren. Damit soll erreicht werden, dass sich möglichst alle Hochschulen an dem neuen Verfahren beteiligen. Bedenken bestehen allenfalls hinsichtlich der richtigen Wirkung dieser Haushaltssperre.

Die neue Servicestelle ZVS soll die Zulassungsverfahren vereinheitlichen und möglichst alle bestehenden Studienplatzkapazitäten ausschöpfen. Das ist auch dringend erforderlich: Derzeit bewerben sich Studierende in der Regel individuell – und das an mehreren Hochschulen gleichzeitig. Das bedeutet nicht nur einen erheblichen zeitlichen und finanziellen Mehraufwand für die BewerberInnen. Die hochschuleigenen Verfahren führen vor allem zu einem massivem Chaos, weil die Hochschulen ihre Kapazitäten um das mehrfache überbuchen – und dennoch tausende Studienplätze frei bleiben, weil akzeptierte BewerberInnen vielleicht doch an einer anderen Hochschule ein Studium annehmen und den für sie reservierten Studienplatz nicht annehmen.

Die Umgestaltung der Servicestelle ZVS soll dies nun ändern, indem die Bewerbungen von der neuen Servicestelle angenommen und koordiniert werden. Allerdings: Dieses Serviceangebot geschieht auf freiwilliger Basis. Um aber eine wirkliche Verbesserung zu erreichen, genügt es nicht, wenn nur einzelne Hochschulen sich an einem einheitlichen Verfahren beteiligen.

Um nun eine möglichst breite Beteiligung der Hochschulen zu erreichen, hat der Haushaltsausschuss im Bundestag beschlossen, für das Jahr 2009 fünf Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Die restlichen Mittel im Umfang von zunächst 7,5 Millionen für die Folgejahre sind gesperrt.

Quelle: [fzs](#)

19. **Australien: Private Kitas melden Konkurs an**

Die größte Kitakette, der Konzern ABC Learning in Down Under, hat Konkurs angemeldet. Die Regierung muss mit Millionen die Betreuung von 120 000 Kindern sicherstellen – und steht nun in der Kritik.

Der Schuldenberg beläuft sich auf 1,2 Mrd. australische Dollar (627 Mio. Euro). Um den Betrieb der Kindertagesstätten – zumindest bis Ende des Jahres – aufrechtzuerhalten, hat die australische Regierung am 7. November 22 Mio. Dollar Unterstützung zugesichert.

Die Regierung muss sich nun der Kritik stellen, sich zu sehr auf einen kommerziellen Anbieter verlassen zu haben. Jedes dritte australische Kind ist in einer ABC-Kita untergebracht.

Quelle: [FTD](#)

20. **Lukratives Investment - Bildungsfonds profitieren von der Krise**

Viele Branchen leiden unter dem Abschwung. Anbieter von Bildungsfonds und privaten Hochschulen profitieren jedoch von der Flucht der Investoren in sichere Anlagen. Es klingt paradox: Während weltweit Banken, Unternehmen und auch Stiftungen (s. Layer) unter den Verwerfungen an den Finanzmärkten leiden, profitieren Bildungsdienstleister von der Suche der Anleger nach krisenfesten Investments. Auch

der Fondsanbieter Deutsche Bildung AG bemerkt eine stärkere Nachfrage: “Die Anleger schauen genauer hin, sie wollen wissen, was mit ihrem Geld passiert”, sagt Vorstandsvorsitzender Frank Steinmetz.

Das sei ein großer Vorteil für eine nachhaltige Asset-Klasse wie Bildung.

Quelle: [FTD](#)

Anmerkung WL: *Bildung als Asset-Klasse für Investoren!*

21. **Britische Unis haben Angst vor dem Mittelmaß**

Lange galten die Unis in Großbritannien als Vorbild. Nun bleiben ausländische Studenten weg, die Einnahmen sinken und die Qualität der Studiengänge lässt nach. Viele Hochschulen fürchten, den Anschluss zur Weltelite zu verlieren.

Zwar dürfen die Universitäten seit einigen Jahren rund 3000 Pfund Studiengebühren pro Jahr verlangen, doch Hochschulleitungen im ganzen Land sind sich einig, dass das bei Weitem nicht reicht, um die Löcher in den Etats zu stopfen.

Quelle: [FTD](#)

22. **Die deutsche Wehrmacht im Osten: Im Sinne der NS-Führung**

Dieter Pohls neue Studie über den Vernichtungskrieg der deutschen Wehrmacht im Osten und den Staatsterrorismus in den besetzten Gebieten.

Quelle: [TAZ](#)